

Unterstützung der Aufnahmegemeinden für geflüchtete Menschen in den Grenzregionen von Kolumbien und Ecuador

Kontext

Angesichts der immer prekärer werdenden, politischen und wirtschaftlichen, Situation in Venezuela sind **seit 2017 bis Anfang 2019 über 3 Mio. Venezolaner/-innen in die Nachbarländer** geflüchtet. Dies hat besonders starke Auswirkungen für Kolumbien und Ecuador. Die aufnehmenden Gemeinden in diesen Ländern sind sehr unterschiedlich, haben aber gemeinsam in vernachlässigten Regionen zu liegen. Oftmals sind sie auch durch einen großen Anteil an vulnerabler Bevölkerung geprägt (z.T. auch Binnenvertriebene des bewaffneten Gewaltkonflikts in Kolumbien). Die geringe Wirtschaftskraft, bei gleichzeitig nicht verfügbaren Sozialleistungen, ist jeher eine Belastung für die lokale Bevölkerung. Durch das Wegbrechen des regionalen Handels mit Venezuela sind ihre Wirtschaftskreisläufe zusätzlich stark getroffen worden. Zudem kommen hohe Kriminalitäts- und Gewalttraten mit einem hohen Maß an Informalität und Schattenwirtschaft.

Situation in Kolumbien

Von den rund 1.9 Mio. venezolanischen Staatsbürgern, die nach Kolumbien geflüchtet sind, blieben ca. **1.2 Mio. Personen** im Land. Der Rest ist in andere lateinamerikanische Länder weitergereist. Hinzu kommen ca. 250.000 Kolumbianer, die aus Venezuela zurück nach Kolumbien geflohen sind. Im Durchschnitt überqueren täglich etwa 40.000 Menschen die Grenze. Monatlich verbleiben von ihnen ca. 100.000 permanent im Land.

Situation in Ecuador

Ecuador ist das Land mit den offiziell am meisten anerkannten Flüchtlingen in Lateinamerika, mit rund 62.000 Flüchtlingen und mehr als 240.000 Asylbewerber/-innen in den letzten Jahren. Diese Situation wurde durch die Einreise von mehr als **720.000 Menschen aus Venezuela** (Januar bis Oktober 2018), von denen schätzungsweise 20% im Land bleiben, noch verschärft. Tausende Venezolaner/-innen haben in Ecuador Asyl beantragt.

Ausblick

Die derzeitige Lage in Venezuela (Stand: Anfang Februar 2019) ist sehr unbeständig. Auch wenn es zu einem Regierungswechsel kommen würde, aus der Erfahrung mit Ländern ähnlicher Situationen ist abzusehen, dass die bedürftige Lage in den Grenzgebieten fortbestehen wird. In den kommenden Jahren ist mit einem immensen Bedarf an Ausbildungs-, Dienstleistungs- sowie an einkommensschaffenden und beschäftigungsfördernden Maßnahmen zu rechnen; sowohl für die angestammte als auch für die venezolanische Bevölkerung in der Region.

Angesichts dieser Situation hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Vorhaben „Unterstützung der Aufnahmegemeinden für geflüchtete Menschen in den Grenzregionen von Kolumbien und Ecuador“ beauftragt. Dies geschieht im Rahmen der Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“.

Ziel

Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in den Grenzregionen Kolumbiens und Ecuadors sind besser in der Lage, den Zustrom von Geflüchteten aus Venezuela und Kolumbien sozialverträglich und beschäftigungswirksam zu bewältigen.

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutscher Beitrag	Insgesamt: 7 Mio. EUR Kolumbien: 4 Mio. EUR; Ecuador 3 Mio. EUR
Programmpartner	Vizeministerium für Migration und Flüchtlinge des Außenministeriums (Ecuador) Kolumbianisches Präsidialamt für Internationale Zusammenarbeit (APC-Colombia)
Zeitraum:	Oktober 2018 bis September 2021



An der Grenze zwischen Kolumbien und Venezuela.

In Ecuador

Kontext

Migrant/-innen und Flüchtlinge, die in Ecuador "Personen in menschlicher Mobilität" genannt werden, sind Marginalisierung, Krankheitsrisiken und Rechtsverletzungen ausgesetzt. Ihre Integration in die ecuadorianische Gesellschaft hängt von der Regulierung ihres Migrationsstatus ab, sowie dem Zugang zu Basisdienstleistungen und zum Arbeitsmarkt.

Viele der **aufnehmenden Gemeinden in der Grenzregion zu Kolumbien** haben selbst **hohe Armutsraten**. Sie leisten eine nur **unzureichende Versorgung der Grundbedürfnisse für die lokale Bevölkerung**. Erhöht wird die Spannung vor Ort durch alarmierende Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche. Einem friedlichen Zusammenleben stehen auch die wachsende Fremdenfeindlichkeit und alltäglicher Rassismus gegen indigene Völker und Menschen afrikanischer Abstammung entgegen.

Das **"Gesetz zur menschlichen Mobilität" (Ley Orgánica de Movilidad Humana)** schafft neue Zuständigkeiten für die Dezentralisierten Autonomen Regierungen (Gobiernos Autónomos Descentralizados, GAD). Im Vordergrund stehen unter anderem Integration und friedliches Zusammenleben.

Vorgehensweise

Das Programm wird auf lokaler Ebene ausgewählte Gemeinden an der nördlichen Grenze von Ecuador fördern. Insbesondere wird zu Arbeits- und Beschäftigungsmaßnahmen, psychosozialer Unterstützung, Bildungsangeboten und Rechtsaufklärung für Migrant/-innen und Flüchtlinge beraten. Die Koordination und der Erfahrungsaustausch zwischen Kolumbien und Ecuador wird in der Vorgehensweise eine wichtige Rolle spielen.

1. Partner (staatliche, nicht staatliche) in die Lage versetzen, den Migrationsfluss besser zu managen

Beratung zu Integration in den Arbeitsmarkt durch bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage, Bildungs- und Fortbildungsangebote, E-Learning sowie Förderung von Unternehmertum und Selbständigkeit.

2. Soziale Dienstleistungen ausweiten und deren Qualität verbessern

Menschenrechtsansatz in Pläne, Projekte und Budgets der Gemeindeverwaltungen aufzunehmen, kann die Dienstleistungen für die gesamte Bevölkerung verbessern.

3. Friedliches Zusammenleben auf Gemeindeebene fördern

Informationsaktivitäten, Sensibilisierungskampagnen und öffentliche Dialoge zu Fremdenfeindlichkeit, Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche für ein friedvolles Zusammenleben und Schutz vor Menschenhandel (sexuelle Ausbeutung und/oder Sklavenarbeit).

Ergänzend wird mit dem Programm "Nordgrenze - Territorium für Frieden und Entwicklung" der Europäischen Union zusammengearbeitet, das von der GIZ und der spanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit für Entwicklung (AECID) durchgeführt wird.



In der ecuadorianischen Grenzregion.

In Kolumbien

Kontext

94% der Migranten aus Venezuela kommen über das Department **Norte de Santander** nach Kolumbien, welches **weiterhin Brennpunkt des kolumbianischen Gewaltkonflikts** ist. Die zahlreichen kolumbianischen Binnenvertriebenen leben unter prekären Bedingungen. Zudem liegt ein Großteil des illegalen Drogenanbaus in Norte de Santander.

Die vielen Pendler suchen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und sind auf der Suche nach Nahrungsmitteln. Dies belastet die ohnehin angespannte Versorgung mit Basisdienstleistungen auf der kolumbianischen Seite.

Vorgehensweise

Das Projektteam unterstützt die **kolumbianischen Aufnahmegemeinden bei der Integration von geflüchteten Menschen aus Venezuela**. Gemäß dem Grundsatz „do no harm“ wird nicht unterschieden, ob es bei den unterstützten Personen um geflüchtete Venezolaner/-innen, aus Venezuela rückkehrende Kolumbianer/-innen oder vulnerable Menschen aus den Aufnahmegemeinden geht.

Konkrete Unterstützung umfasst **einkommenschaffende Maßnahmen, verbesserter Zugang zu schulischer Bildung, psychosoziale Betreuung, Rechtsberatung sowie die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens**. Der Bedarf für diese Aktionen wird gemeinsam mit den Menschen in den Aufnahmegemeinden und den verantwortlichen kolumbianischen Behörden festgelegt. Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen kooperiert das Vorhaben mit

erfahrenen staatlichen und nichtstaatlichen Dienstleistern. Gleichzeitig wird die kolumbianische Regierung bei der Anpassung der rechtlichen Grundlagen an die Bedarfe, die sich durch die Migration ergeben, beraten.

1. Partner (staatliche, nicht staatliche) in die Lage versetzen, den Migrationsfluss besser zu managen

Umsetzen von innovativen und sozial verträglichen Lösungen zur Bewältigung des Zustroms von Geflüchteten aus Venezuela auf lokaler Ebene: Unterstützung bei Registrierungsprozessen, Anpassung von Gesetzen und Bestimmungen, grenzüberschreitender Austausch zur Migrationsproblematik, pilothafte Implementierung von Sofortmaßnahmen.

2. Soziale Dienstleistungen ausweiten und deren Qualität verbessern

Bau von Aufnahmezentren, Bau von Schulräumen, psychosoziale Betreuung, Prävention von Gewalt, Rechtsberatung, Informationskampagnen, Formale Beschäftigungsförderung.

3. Friedliches Zusammenleben auf Gemeindeebene fördern

Gemeinsame Aktionen in den Aufnahmegemeinden für friedliches Zusammenleben und Konflikttransformation; Unterstützung von Familien, die Geflüchtete aufnehmen; Kampagnen für Toleranz, gewaltfreien Umgang und Potentiale durch Geflüchtete.



In der kolumbianischen Grenzregion.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn

Programm „Teilhabe von Binnenvertriebenen und aufnehmenden Gemeinden“

Agencia GIZ Bogotá
Calle 125 No. 19-24 Of. 502
T +57 1 432 53 50
giz-kolumbien@giz.de
www.giz.de/kolumbien

Autor

Frank Faiss/ Carsten Schüttel/ Julia Unger

Stand

Februar 2019

GIZ ist für den Inhalt dieser Veröffentlichung verantwortlich.

In Kooperation mit

Vizeministerium für Migration und Flüchtlinge des Außenministeriums (Ecuador)

Kolumbianisches Präsidialamt für Internationale Zusammenarbeit (APC-Colombia)

Im Auftrag von

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

Adressen der
BMZ-Büros

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Germany
T +49 (0)228 99 535-0
F +49 (0)228 99 535-3500

BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Germany
T +49 (0)30 18 535-0
F +49 (0)30 18 535-2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de